

Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Samstag Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Werbestatistiken wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen - Nummer 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 128

Mittwoch, den 3. Juni 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

Die Note der Botenkonferenz zur Frage der deutschen Entwaffnung wird voraussichtlich erst am Donnerstag dem Reichskanzler überreicht werden.
Dem Londoner „Daily Express“ zufolge soll England bereit sein, Frankreich den Schutz seiner Grenzen während 30 Jahren zu garantieren.
Frankreich verlangt freien Durchzug durch das Rheinland, falls Deutschland einen Angriff auf Polen oder die Tschecho-Slowakei unternimmt.

Was Frankreich verlangt!

„Freien Durchgang durch Deutschland.“

Die britische Denkschrift über den Sicherheitspakt, die der französischen Regierung vor einigen Tagen überhandt wurde, hat allem Anschein nach eine günstige Aufnahme in Paris gefunden. Nach einer Habesmeldung soll nunmehr keine Schwierigkeit mehr bestehen, auf die deutschen Vorschläge vom 7. Februar zu antworten. Frankreich werde in etwa 14 Tagen eine Note an die Reichsregierung senden. Ueber den Inhalt der englischen Denkschrift macht Havas folgende wichtige Angaben:

England erklärt sich in erster Linie bereit, mit allen seinen Streitkräften die Unverletzlichkeit der Rheingrenze zu garantieren, weigert sich jedoch, militärisch in dem Fall einzugreifen, daß die Grenzen durch Deutschland verletzt würden.

Großbritannien, sagt Havas weiter, bestätigt jedoch seinen Willen, getreulich die verschiedenen Verpflichtungen zu erfüllen, die es durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, durch die Unterzeichnung des Völkerbundsstatuts und durch die Unterzeichnung der anderen Friedensverträge übernommen hat. Als Grundlage für die diplomatischen Instrumente gilt nach Ansicht der Engländer das öffentliche Recht in Europa. Infolgedessen würde England ohne Zweifel in einem Konflikt der genannten Art seine Streitkräfte zu Wasser und zu Lande nicht in Bewegung setzen, aber diplomatisch die Forderungen des angegriffenen Staates unterstützen, sei es bei direkten Verhandlungen, sei es innerhalb des Völkerbundes.

Außerdem gibt England zu, heißt es am Schluss der Havas-Erklärung, daß Frankreich volle Aktionsfreiheit behält, die ihm das Völkerbundsstatut gibt, um die Unverletzlichkeit der östlichen Grenzen zu verteidigen. Die französischen Streitkräfte müssen also in diesem Falle den freien Durchgang durch Deutschland verlangen.

Bisher liegt noch keine amtliche Erklärung Englands darüber vor, ob die englische Regierung tatsächlich den Franzosen die Freiheit lassen will, Truppen in die neutralisierte Rheinlandzone zu schicken, wenn Polen oder die Tschecho-Slowakei von Deutschland angegriffen werden sollten. Man kann wohl annehmen, daß diese Auslegung der englischen Denkschrift weit eher ein französischer Wunsch als eine bereits von England zugestandene Tatsache ist. Daß ein Sicherheitspakt, der ein französisches Durchmarschrecht durch deutsches Gebiet vorsehen würde, niemals von Deutschland unterzeichnet werden könnte, steht wohl außer jedem Zweifel.

Benech in Paris.

Am Pfingstsonntag traf der Außenminister der Tschecho-Slowakei, Dr. Benech, auf der Reise nach Genf plötzlich in Paris ein und hatte noch am gleichen Tage mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Berthelot, lange Unterredungen. Benech soll angeblich darüber beunruhigt sein, daß die britische Sicherheitsdenkschrift den Weg für die deutschen Absichten auf Oesterreich freilasse, die schließlich zu einer Umklammerung der Tschecho-Slowakei (?) führen müßten. Benech will die wirtschaftliche Zukunft Oesterreichs durch eine enge Verbindung mit den anderen Donauländern sichern und zu diesem Zwecke bei der nächsten Beratung des Völkerbundes beantragen, daß der Bund eine Kommission nach Wien schickt, um die Lage Oesterreichs zu studieren.

Unruhen in Schanghai.

Japan bereitet die Landung von Marinetruppen vor.
In der chinesischen Hafenstadt Schanghai sind schwere Unruhen zum Ausbruch gekommen. Ein Streik chinesischer Arbeiter in japanischen Spinnereien griff in den letzten Tagen von Tsingtau auf Schanghai über und wuchs zu einem regelrechten Aufbruch aus.

der in einen Generalstreik überzugehen droht. Der Proteststreik führte auch zu einem Studentenauflauf. Das bewaffnete Eingreifen der Polizei hatte zur Folge, daß sieben Studenten getötet und viele verwundet wurden. Die Polizei machte von der Schusswaffe Gebrauch,

als dreitausend Personen einen Angriff gegen das Polizeigebäude unternahmen.

Sie schloß mitten unter den Häusern der Demonstranten, die sich im Zentrum der Stadt versammelten. In Schanghai sind fast sämtliche Geschäfte geschlossen. Die Lage wird als kritisch betrachtet, da die Kundgebungen in eine allgemeine fremdenfeindliche Bewegung auszuarten drohen. In einer Versammlung von 1500 Studenten und Arbeitern wurden u. a. folgende weittragende Forderungen gestellt: Boykott der ausländischen Banken und Banknoten sowie Zurückziehung der ausländischen Kriegsschiffe.

Das Kriegsrecht ist verkündet worden.

Da die chinesischen Truppen sich teilweise weigerten, gegen chinesische Streitende vorzugehen, wurde in der Fremdenkolonie ein Selbstschutz durch europäisch-amerikanische Truppen eingerichtet. Fremde Kriegsschiffe sind im Hafen von Schanghai eingelaufen. Lokaler Meldungen besagen, daß Japan bereits die Landung von Marinetruppen vorbereitet, um für seine Staatsangehörigen den nötigen Schutz zu schaffen.

Meuternde Truppen.

Im Hauptquartier der mandchurischen Armee, das sich in der Nähe von Schanghai befindet, ist es zu Zusammenstößen wegen großer Mengen von Opium gekommen. Der Kommandeur der 28. Brigade und der Vorsitzende des Kriegsgerichts, wurden schwer verwundet. Der Chef des Stabes der 1. mandchurischen Armee stürzte sich, um der Erschießung zu entgehen, aus dem Fenster eines Hauses und brach das Genick.

In Heube-Chen (Südchina) haben sechshundert chinesische Soldaten, denen schon seit einem Jahre kein Sold mehr gezahlt worden ist, gemeutert und ihre Offiziere ermordet. Sechs Meuterer, die mit Hilfe portugiesischer Militärs aus Macao gefangen genommen wurden, sind standrechtlich erschossen worden.

Domergue in Straßburg.

Der französische Präsident über Sicherheit und Frieden.

Die erste Amtstour führte den französischen Präsidenten Doumergue, in dessen Begleitung sich Ministerpräsident Painlevé befand, nach Straßburg im Elsaß, wo er anlässlich der Eröffnung des allgemeinen französischen Turnfestes eine große politische Rede hielt. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Problem der Sicherheit Frankreichs. Den deutschen Vorschlägen in dieser Frage steht der Präsident der französischen Republik mit großem Mißtrauen gegenüber. Er sagte er unter anderem:

„Zur Aufrechterhaltung des äußeren Friedens ist unermüdliche Wachsamkeit am Platze. Solange wir nicht absolut sicher sind, daß keine Begierde nach Revanche den Sinn der Männer beherrscht, die den letzten Krieg entfesselten, solange feierlich unterschriebene Verträge nicht loyal erfüllt werden, solange wir fürchten müssen, daß diese Verträge wie Papierfetzen zerfallen werden, kann der Friede nicht erhofft werden.“

Bei einem Bankett im Straßburger Rathaus hielt Doumergue eine zweite Rede, in der er sagte, Frankreich fordere nur Vertrauen. Solange Frankreich nicht ernste Garantien für die versprochene Sicherheit erlangt habe, auf die es immer noch warte, und die eine gebieterische Notwendigkeit sei, wäre es ungerecht, ihm einen Vorwurf daraus zu machen, wenn es sich sehr vorsichtig zeige und sich nicht zu jenem großmütigen und schönen Vertrauen bestimmen lasse, zu dem seine natürliche Ehrlichkeit und sein natürlicher guter Wille es leicht führen könnten.

„Das blinde Mißtrauen.“

Im weiteren Verlaufe der Straßburger Festlichkeiten ergriff auch der französische Ministerpräsident Painlevé das Wort zu einer Rede, die in einem gewissen Gegensatz zu den Ausführungen Doumergues steht. Zwar betonte Painlevé ebenfalls, daß Frankreich die Augen offen halten müsse, um etwa drohende Gefahren zu vermeiden.

„Aber Frankreich weiß auch — fuhr Painlevé fort —, daß ohne Optimismus eine fruchtbarere Tätigkeit nicht möglich ist. Frankreich weiß, daß es noch etwas gibt, was es

jährlicher ist als blindes Vertrauen: nämlich das blinde Mißtrauen, das ein Land dazu führt, überall Feinden und Verschwörungen zu sehen. Dieses Mißtrauen ist oft die Veranlassung zu Irrtümern gewesen. Günstige Gelegenheiten werden leichter verkannt, wenn ein Land sich beständig in einer Politik hartnäckiger Negation verhielt.“

Diese Ausführungen nehmen sich im Munde des verantwortlichen Leiters der französischen Regierung, auf deren Betreiben das neue Entwaffnungsabkommen an Deutschland gerichtet worden ist, recht merkwürdig aus. Zeugt doch gerade diese Note von einem derartig übertriebenen Argwohn und grenzenlosem Mißtrauen, das kaum noch überboten werden kann.

Politische Rundschau.

Berlin, den 3. Juni 1925.

Der ehemalige Staatssekretär des Innern Graf Bosadovsky-Wehner vollendete am 3. Juni sein 80. Lebensjahr.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für das Mehrheitsabkommen der technischen Bergbau-Angestellten für verbindlich erklärt.

:: Noch keine Uebersetzung der Botennotiz.
Wie an zuständiger Stelle verlautet, dürfte die neue Entwaffnungsnote der Alliierten, die am letzten Sonntag von der Botenkonferenz genehmigt worden ist, am Montag in Berlin eingetroffen sein. Für die Uebersetzung der Note ist der deutschen Regierung noch kein Zeitpunkt bekannt gegeben worden. Aller Voraussicht nach dürfte sie am Mittwoch noch nicht übermittlekt werden, auch ist die Frage noch nicht geklärt, ob die Note dem Reichskanzler Dr. Luther oder dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann überreicht werden wird.

Rundschau im Auslande.

• Nächster Tage wird die österreichische Regierung auf diplomatischem Wege den Regierungen aller Auslandsmächte den Vorschlag der Wiener Arbeiterkammer auf Unterbringung von 50 000 Arbeitslosen in Amerika zur Kenntnis bringen. Dem Vorhaben nach steht man in Washington maßgebenden Kreisen dem Vorschlag ablehnend gegenüber.

• Die Botenkonferenz hat das Ersuchen der bulgarischen Regierung, die 10 000 Mann Militär, die sie wegen der kommunistischen Unruhen einstellen durfte, staffelweise zu entlassen, abgelehnt und die sofortige Entlassung sämtlicher 10 000 Mann gefordert.

• Ein Kronrat in Belgrad hat sich mit dem Selbstzustand des ehemaligen Kronprinzen Georg beschäftigt. Prinz Georg wird für immer als nicht mehr zur königlichen Familie gehörend betrachtet werden.

• Der König von England hat dem Führer der liberalen Partei im Oberhaus und ehemaligen Ministerpräsidenten Lord D'Esford and Aquith den Hofenbandorden verliehen.

• Thomas Riley Marshall, Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Präsident Wilsons Amtszeit, ist gestorben.

Italiens Unterdrückungspolitik in Südtirol.

Wie dem Berner „Bund“ durch einen Gewährsmann berichtet wird, stellt Italien seine Politik darauf ein, systematisch die Entdeutschung in Südtirol durchzuführen. In der Hauptsache werde das zu erreichen versucht durch die Förderung der Einwanderung italienischer Elemente, denen alle Erleichterungen gewährt würden, ferner durch eine verstärkte Schulpolitik. Die deutschsprachigen Lehrer würden sämtlich aus den Schulen entfernt und nach und nach werde die Vernichtung von etwa vierhundert deutschen Volksschulen angestrebt.

Übermäßige französische Verstärkungen für Marokko.

In Marokko treffen fortwährend neue französische Verstärkungen ein. Im Hafen von Casablanca sind jetzt auch zum erstenmale Kriegsschiffe, und zwar der französische Kreuzer „Mog“ sowie zwei Torpedoboote, eingetroffen. Wie Havas aus Tanger berichtet, befindet sich der Bruder von Abd el Krim zurzeit in Tschetschuan, um die Stämme der Westzone zu bestimmen, gegen die Franzosen zu marschieren. Die Abganten entfalten eine lebhaft propagandistische Tätigkeit im Dschadallagebiet. Eine 600 Gewehre starke Abteilung befindet sich in der Nähe der internationalen Zone von Tanger, wahrscheinlich, um sich den Weg nach Tanger zu eröffnen. Abd el Krim mehnt auch Mittel an, um die Marokkaner aufzuwiegen. Er legt seine Truppenzusammensetzung fort. Es wird weiter gemeldet, Oberst Freudenberg habe festgestellt, die Milizen verfielen jetzt über reichhaltiges Artilleriematerial und bedienten mit größerer Geschicklichkeit jetzt die 75-Millimeter-Kanonen und die spanischen 100-Millimeter-Kanonen. Man rechnet mit einer baldigen Offensive Abd el Krims auf die strategisch wichtige Gegend von Taza.

Bereitete Kommunikerrevolte in Ägypten.

In Kairo hat die Polizei aufseherregendes Beweismaterial für ein bolschewistisches Komplott entdeckt, das